



<https://biz.li/2rvl>

# THORDIES HANISCH: "GUTER SCHRITT IN RICHTUNG AKTIVES WOLFSMANAGEMENT"

Veröffentlicht am 26.09.2024 um 11:00 von Redaktion AltkreisBlitz

Deutschland hat gestern in der EU für die Senkung des Schutzstatus des Wolfes gestimmt und ist damit einen wichtigen ersten Schritt in Richtung eines regionalen Bestandsmanagements des Wolfs in Deutschland gegangen. "Dank des Engagements von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und Umweltminister Christian Meyer hat sich Deutschland dafür eingesetzt, einen Antrag zur Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes in der Berner Konvention zu stellen. So weit wie gestern waren wir noch nie", sagt Thordies Hanisch, Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz. "Mit der gestrigen Entscheidung haben wir die Grundlage geschaffen, um den Schutzstatus des Wolfes in Zukunft anzupassen." Dieser Schritt sei notwendig, da für eine Änderung des geltenden EU-Rechts zunächst eine Änderung der Berner Konvention vorgenommen werden muss. Diese Änderungen sind Voraussetzung dafür, das Abschließen von Wölfen in den Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. "Es ist ein entscheidender Fortschritt, dass Deutschland mit roter und grüner Regierungsbeteiligung für eine Änderung mitgestimmt hat", betont Hanisch. Der Beschluss stelle jedoch nur den Anfang des Prozesses dar. Die Berner Konvention kann nicht direkt durch die EU geändert werden. Der Ständige Ausschuss zur Berner Konvention, einem völkerrechtlichen Vertrag, der auch Staaten außerhalb der EU umfasst, wird im November über den Antrag beraten. Erst wenn die Vertragsparteien zustimmen, kann die FFH-Richtlinie auf EU-Ebene geändert werden. Diese Änderungen müssen dann auch noch in deutsches Recht umgesetzt werden.

"Das Gute ist, dass wir den letzten Schritt der Anpassung von deutschen Rechtsgrundlagen schon vorbereiten können", sagt Hanisch. "Die gestrige Entscheidung zeigt den klaren Willen der EU, notwendige Anpassungen im europäischen Recht vorzunehmen, um auf die veränderte Situation reagieren zu können." Mit der gestrigen Entscheidung hat Deutschland ein klares Signal gesetzt. Die Bundesebene setzt sich für die Interessen von Regionen wie Niedersachsen, die besonders stark von der wachsenden Wolfspopulation betroffen sind, ein. "Das ist ein erster Schritt zum ins Handeln kommen für unsere Weidetierhalter und Menschen im ländlichen Raum."